

Antrag Nr. 51/2003
 Antragsteller: CDU
 Antragsdatum: 09.10.2003

Vertraulich zu behandeln
 bis zur ersten öffentlichen
 Beratung in den Gremien
 des Gemeinderats

Stadt Heidelberg
 Dezernat IV
 Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Maßnahmen für mehr Sauberkeit in der Stadt

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentl.	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	30.10.2003	J	verwiesen zur Vorberatung in Umweltausschuss 11.02.2004, Bauausschuss ::	
Umweltausschuss	24.03.2004	N	::	
Haupt- und Finanzausschuss	30.03.2004	N	::	
Gemeinderat	22.04.2004	J	::	

Der Antrag befindet sich auf den Seiten 3.1 ff.

Begründung

09/10 2003 DU 09:42 FAX 164843

CDU-GEMEINDERATSFRAKTION

001

Antrag Nr. 51/2003

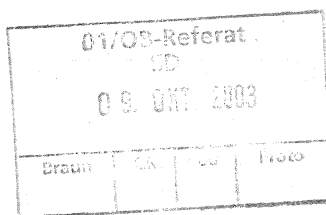
CDU

Gemeinderatsfraktion Heidelberg

CDU-Gemeinderatsfraktion, Rohrbacher Str. 57, 69115 Heidelberg

Frau Oberbürgermeisterin
Beate Weber
Rathaus

Fax: 581059



Dr. Jan Gradcl, Vors.
Werner Pfisterer, 1. Stv. Vors.
Ernst Gund, Stv. Vors.
Ernst Schwemmer, Stv. Vors.
Monika Frey-Eger, Schatzm.
Manfred Benz
Margret Dotter
Yvonne Eismann-Knorr
Kristina Essig
Klaus Pflüger
Dr. Hubert Laschitza
Heinz Reutlinger
Klaus Weirich
Otto Wickenhäuser

6. Oktober 2003

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates am 30. Oktober 2003 stellen die Unterzeichner folgenden Antrag:

Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Maßnahmen für mehr Sauberkeit in der Stadt

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache

Aus dem Bericht der Verwaltung soll hervor gehen, welche Maßnahmen und Anstrengungen die Stadtverwaltung seit dem März dieses Jahres tatsächlich unternommen hat, um Müllsündern verstärkt deutlich zu machen, dass ihr Verhalten von der Gesellschaft nicht länger gebilligt wird.

Die Stadtverwaltung möge ...

- ... darstellen, zu welchen Ergebnissen die Sitzungen des Arbeitskreises „Saubere Stadt“ vom 24. Juni und 30. Oktober 2003 geführt haben,
- ... eine Übersicht der Anrufe und Mails mit Beanstandungen an die Hotline gegen Littering und Schmutzecken erstellen, sowie erläutern, welche Maßnahmen jeweils ergriffen wurden, um die Gründe der Beanstandungen zu beseitigen,

- ... erläutern, welche Erfahrungen sie mit den „Sonderstreifen des Gemeindevollzugsdienstes“ gesammelt hat,
- ... eine Aufstellung aller nach dem Bußgeldkatalog des Umweltministeriums verhängten Verwarnungsgelder seit März 2003 vorlegen.

Darüber hinaus wünschen die Antragsteller zu erfahren, an welchen Stellen in der Stadt es zu objektiv messbaren Verbesserungen der Sauberkeit gekommen ist.

Begründung:

Vor einem Jahr (23. September 2002) hat die CDU-Fraktion im Antrag Nr. 62/2002 die Ausarbeitung eines Konzeptes "Mehr Sauberkeit in der Stadt durch Bürgerbeteiligung" gefordert. Mit Hinweis auf die Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin wurde unser Ansinnen in der Informationsvorlage 52/2003 behandelt und aus Sicht der Stadtverwaltung Heidelberg dargestellt. Demnach arbeitet die Stadtverwaltung bereits seit 1993 intensiv an diesem Thema.

In der Gemeinderatssitzung am 13. März 2003 hat der Gemeinderat die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen, in der die Verwaltung die Einrichtung einer Hotline gegen Littering und Schmutzecken sowie die Einberufung eines Arbeitskreises "Saubere Stadt" ankündigte.

In einer Pressemitteilung der Stadtverwaltung vom 10. April 2003, im Internet nachzulesen unter <http://www.heidelberg.de/aktuelle/archiv/pd100403.htm>, hat dieselbe angekündigt, „verstärkt "Knöllchen" an Müllsünder" verteilen zu wollen. „Die Spanne reicht von 10 Euro für das Wegwerfen von Kaugummi und Lebensmittelresten bis zu 2.500 Euro bei "wildem" Sperrmüllablagerungen“, wie der Pressemitteilung weiter zu entnehmen ist.

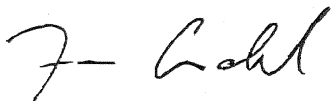
Augenscheinlich haben alle diese Maßnahmen nicht zu einer durchgreifenden Änderung des subjektiven Sauberkeitsempfindens in der Stadt beigetragen. Dieses subjektive Empfinden beruht auf objektiven Erfahrungen, beispielsweise durch unfreiwillige Kontakte mit Hundekot auf der Hauptstraße oder überquellenden Mülleimern in Heidelbergs bedeutendster Einkaufsstraße.

Der Rhein-Neckar-Zeitung war zu entnehmen, dass der Gemeindevollzugsdienst nur im geringen Umfang gegen Umweltverschmutzer in der Innenstadt vorgegangen ist.

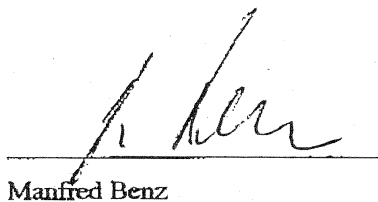
Insofern begehren die Antragsteller zu erfahren, welche Verbesserungen nach der Vorlage 52/2003 eingetreten sind.

Die notwendigen Unterschriften sind beigelegt.

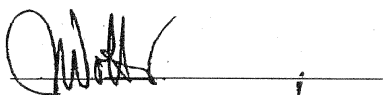
Mit freundlichen Grüßen



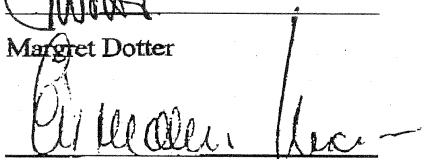
Dr. Jan Gradel
Fraktionsvorsitzender



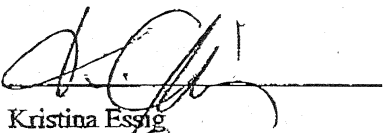
Manfred Benz



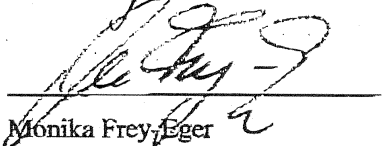
Margret Dotter



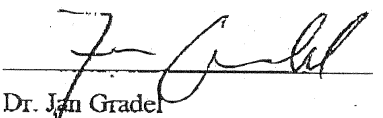
Yvonne Eismann-Knorr



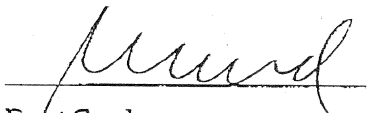
Kristina Essig



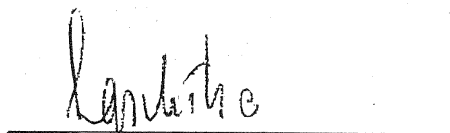
Monika Frey-Eger



Dr. Jan Gradel



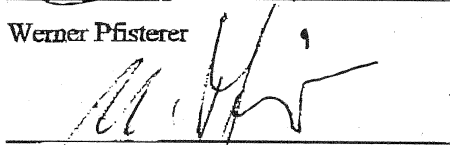
Ernst Gund



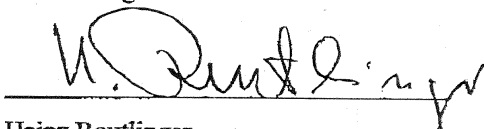
Dr. Hubert Laschitza



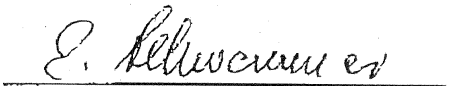
Werner Pfisterer



Klaus Pflüger



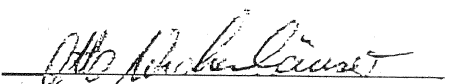
Heinz Reutlinger



Ernst Schwemmer



Klaus Weirich



Otto Wickenhäuser